

»Eine Demokratie im Überlebenskampf - Die Republik von Weimar 1923«

1923 gilt als das große Schicksalsjahr der Republik von Weimar. Innerhalb von zwölf Monaten erlebten die Deutschen fünf Regierungen. Eine wahre Flut von Krisen, allesamt schon einzeln mit genügend Gefährdungspotenzial, schwoll zu einem Sturzbach, der die neue Staatsordnung in den Abgrund zu reißen drohte: Das von dramatischer Hyperinflation und Wirtschaftskrise geschüttelte, von außen nicht nur durch die Ruhrbesetzung bedrängte, zudem im Innern von Separatismus, Putschversuchen und widerspenstigen Ländern zerrissene Reich stand am Abgrund.

Viele in den Schaltzentralen der Macht trachteten danach, die Republik dort hineinzustoßen, das Experiment Weimar zu zertrümmern, andere wiederum wollten sie konsequent vor dem Untergang bewahren. Der Grat zwischen Überleben und Exitus war schmal, und es grenzt beinahe an ein Wunder, dass es den Verteidigern der Republik unter Rückgriff auf die außerordentlichen Vollmachten der Verfassung gelang, das Ende doch noch abzuwenden.

Wissensreihe im Auftrag
der Gesellschaft zur Erforschung der Demokratie-Geschichte



978-3-7374-0294-1



€ 16,00 (D) | € 16,50 (A)
www.verlagshaus-roemerweg.de

HYPERINFLATION

Walter Mühlhausen



Walter Mühlhausen

HYPERINFLATION UND STAATSKRISE



DIE WEIMARER REPUBLIK AM ABGRUND
1923



Demokratie-Geschichte
Band 4

Wissensreihe im Auftrag der Gesellschaft
zur Erforschung der Demokratie-Geschichte

Herausgegeben von
Christian Faludi

Redaktion
Marc Bartuschka

Walter Mühlhausen

HYPERINFLATION UND STAATSKRISE

DIE WEIMARER REPUBLIK AM ABGRUND

1923

W/

Inhalt

EINLEITUNG	
»EINE SCHWERE ZEIT HEBT AN« – 1923 ALS KRISENJAHR DER REPUBLIK	9
DIE REPUBLIK UM DIE JAHRESWENDE 1922/23	15
AKTION UND REAKTION – RUHRBESETZUNG UND WIDERSTAND	23
EINHEITSFRONT UND FLIEHKRÄFTE	33
GALOPPIERENDE INFLATION UND SOZIALE KRISENLAGEN	49
UNENTSCHLOSSENHEIT UND PFLICHTBEWUSSTSEIN – UM DIE GROSSE KOALITION	69
KONSENS, KONFLIKT, KRISENMANAGEMENT	81
REICH UND LÄNDER – KONTROVERSEN UND KOOPERATION	95
VON SEPARATISTEN UND PUTSCHISTEN	109
GEDANKENSPIELE – DIKTATOR ODER DIREKTORIUM?	125

Walter Mühlhausen, geb. 1956 in Eichenberg, war bis zum 31. März 2023 Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Er lehrt als apl. Professor an der Technischen Universität Darmstadt, wo 2006 die Habilitation erfolgte, und gehört u. a. der beim Hessischen Landtag angesiedelten »Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen« an. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher zur hessischen Geschichte; zuletzt erschien im März 2023: *Hessen im 20. Jahrhundert*.

UNVOLLKOMMEN, DOCH HANDLUNGSFÄHIG – EIN BÜRGERLICHES MINDERHEITSKABINETT	133
DAS MIRAKEL DER RENTENMARK	141
AUF DEM PFAD DER KONSOLIDIERUNG – BAHN FREI FÜR DIE »GOLDENEN ZWANZIGER«?	151
EPILOG 1923 – MENETEKEL, BLAUPAUSE, TRAUMA	161
ANHANG	
Anmerkungen	172
Abkürzungsverzeichnis	182
Literatur	183
Personenverzeichnis	189



Einleitung

»Eine schwere Zeit hebt an« –
1923 als Krisenjahr der Republik



Eine schwere Zeit hebt an, wohl schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten.«¹ Diese Zeile von Reichspräsident Friedrich Ebert und der Reichsregierung sollte sich bewahrheiten. Sie stammt aus dem Aufruf vom 11. Januar 1923 anlässlich der Ruhrbesetzung. Das Jahr 1923 brachte die schwerste Krise seit den Revolutionstagen: Es begann mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch fünf französische Divisionen und kleinere belgische Einheiten. Der daraufhin vom Deutschen Reich als Abwehrmaßnahme ergriffene passive Widerstand heizte die latente Inflation an. Die Geldentwertung in bis dahin unbekannte Höhen drückte den Lebensstandard. Der Kampf um das tägliche Brot mündete in einen zunehmenden sozialen Protest. Im Zuge der dramatischen Wirtschafts- und Finanzkrise verzeichneten jene extremen Parteien Zulauf, die versuchten, die Republik zu zertrümmern. Die durch die Ruhrbesetzung ausgelösten zentrifugalen Kräfte bedrohten die innere Stabilität: Separatisten setzten auf Trennung vom Reich. Mehr noch: Eine bis zur Aufkündigung der Gefolgschaft bereite bayerische Regierung und Regierungsbündnisse der Sozialdemokraten mit der antidemokratischen KPD in Sachsen und Thüringen stellten weitere Brandherde dar. All dies kulminierte im Herbst, wie die Fotografin und Schriftstellerin Thea Sternheim unter dem 23. Oktober im Tagebuch notierte: »Wachsende Verelendung. Die Geschäfte gähnen Leere, während vor den Schaufenstern aus allen Klassen zusammengewürfelte Menschen die auf Milliarden gekletterten Zahlen der Preise anstieren. [...] Nirgends ist Fleisch, nirgends ist Brot zu haben. [...] 40 Milliarden Papiermark für den Dollar. Das faszistische Bayern in offenem Aufruhr regiert selbständig vom Reich. Sachsen ist mit Reichswehr überschwemmt. [...] Die separatistische Bewegung im Rheinland greift um sich [...].«²

Die politische Instabilität im Innern war gekennzeichnet durch nicht weniger als fünf Regierungen innerhalb von zwölf Monaten: Der »Regierung der Fachleute« unter dem parteilosen Wilhelm Cuno folgten zwei Kabinette der Großen Koalition aus SPD, katholischer Zentrumsparterie und den beiden liberalen Parteien Deutsche Demokratische Partei (DDP) und Deutsche Volkspartei (DVP), geführt von Gustav Stresemann, der sich nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten noch einige Wochen mit einer Rumpf-Regierung behaupten konnte, ehe ihn Wilhelm Marx mit einer bürgerlichen Minderheitsregierung ablöste. Angesichts der Krise des parlamentarischen Systems, die sich in zahlreichen gesetzesvertretenden Verordnungen niederschlug, schmiedete die politische Rechte Pläne für eine Diktatur, übten sich die Kommunisten im Weitertreiben der Revolution von 1918/19. Im Herbst 1923 stand Deutschland am Abgrund. Es ging im fünften Jahr nach Kriegsende um nichts weniger als »um das Überleben des parlamentarischen Systems«.³ Manch kundiger Beobachter, wie der britische Botschafter Viscount D'Abernon, erkannte erst am Jahresende, wie knapp das Reich an der Katastrophe vorbeigeschrammt war, »wie nahe das Land am Abgrund stand«.⁴

Dieses Katastrophenjahr darf als bestens »ausgeforscht« gelten; die zentralen Ereignisse sind in Gesamtdarstellungen und Einzelstudien detailliert beschrieben worden, nicht erst durch eine Vielzahl populärer Abhandlungen, die zum 100. Jahrestag die mediale Aufmerksamkeit nutzten. Das eigentliche Jubiläum ist nun passé, sodass diesem Überblick nicht der Vorwurf zu machen ist, Teil einer ausufernden Jubiläumitis zu sein, wie der Historiker Marco Demantowsky das Phänomen der Jahreszahlenpublikationen bezeichnet. Durch die bewusste »Verspätung« kann auf die allerneueste Literatur zurückgegriffen und – in begrenztem Rahmen – auf ihre mitunter kühnen Thesen eingegangen werden. Bleiben wir bescheiden: Diese kompakte Darstellung versteht sich als eine traditionelle Arbeit, die nicht den Anspruch erhebt, substantiell Neues aufzubereiten. Aber sie kommt zu einigen nuancierten Wertungen, stützt sich dabei vor



Jonglieren mit Extremen – der Geldschein mit dem höchsten Nominalwert in der Inflation: 100 Billionen Mark. Er wird von der Reichsbank am 15. Februar 1924 aufgelegt, als die Währungsreform bereits eingeleitet worden ist.

allem auf den Fundus an Quellen, die im Rahmen der 2006 erschienenen Studie über den Reichspräsidenten Friedrich Ebert gesichtet wurden.⁵

Die Betrachtung kann angesichts der Gleichzeitigkeit von Ereignissen und Entwicklungen nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben, denn dazu »passierte« 1923 einfach zu viel an zu vielen Orten. Sie konzentriert sich unter der demokratiegeschichtlichen Perspektive auf die zentralstaatliche Entscheidungsebene als Handlungsraum – oder als Frage ausgedrückt: Wie reagierte die Politik in Berlin auf das, was im Lande geschah? Denn bei der Grundannahme, dass das Reich kurz vor dem Absturz gestanden habe, muss schließlich erläutert werden, warum dieser nicht erfolgte. Daher werden – in groben Zügen – die zur Kulmination der Krise beitragenden Ereignisse geschildert, um vor deren Hintergrund Handlungsmotive und Entscheidungen von Exekutive und Legislative und deren Wirkungs-

macht einordnen zu können. Welches Krisenmanagement hatte welchen Effekt und führte zu welchem (End-)Ergebnis? Über allem steht die Frage: Wie funktionierte die erst vier Jahre alte Demokratie, wie überlebte sie das Jahr, wo nahm sie kurzfristig und – mit Blick auf ihr Ende 1933 – auch dauerhaft Schaden? Dabei gilt auch für diese vorliegende Analyse jene für alle historische Betrachtungen gleichermaßen zutreffende Feststellung: Es ist der subjektive Blick des Verfassers auf das Geschehene, also nur einer von vielen möglichen Gängen durch die Geschichte von Raum und Zeit.

A large, bold, grey letter 'R' is positioned on the right side of the page. The letter is the primary visual element, with the title text placed inside its upper loop.

**Die Republik um
die Jahreswende
1922/23**

Zum Jahresende 1922 publizierte das Satireblatt *Simplicissimus* die düster-prophetische Karikatur *Höllisches Neujahr*, auf der drei Teufel in einem großen Kochtopf mit der Gravur »1923« einen dampfenden Sud anrühren: »Die Mischung ist ausgezeichnet! Es geht doch nichts über französische Rezepte!«⁶ In dieses zweifelsohne »höllische« Jahr ging das Reich mit der seit dem November 1922 amtierenden Regierung der »Persönlichkeiten« unter Reichskanzler Wilhelm Cuno, die ihr Entstehen wesentlich der Initiative des Reichspräsidenten zu verdanken hatte. Der Generaldirektor der Hamburger Hapag-Reederei war bereits der sechste Reichskanzler seit dem Februar 1919. Dem Quereinsteiger eilte der Ruf des erfolgreichen Industriekapitäns voraus. Die Beauftragung eines nicht aus dem Parlaments- und Parteigetriebe stammenden Kandidaten mit der Kanzlerschaft besaß in der Situation nach dem Scheitern des vorherigen Kabinetts von Joseph Wirth durchaus Logik. Denn der Zentrumsmann hatte ohne große Not, getrieben von der eigenen Partei, Verhandlungen um eine Große Koalition begonnen, obwohl sein Bündnis aus Zentrum, (M)SPD und links-liberaler DDP, das 1921 als Minderheitsregierung gestartet war, sich parlamentarisch seit der am 24. September 1922 vollzogenen Wiedervereinigung von SPD und großen Teilen der in der Opposition befindlichen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), die sich 1917 von der SPD abgespalten hatte, wieder einer satten Mehrheit erfreute. Am 14. Juli hatten sich die Fraktionen von SPD und oppositioneller USPD zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Mit Blick auf die parlamentarische Arithmetik war das Ende der Regierung Wirth daher nachgerade überflüssig. Aber der wiedervereinigten SPD (offiziell eine Zeit lang VSPD), deren

Fraktion sich schlagartig von 103 auf 180 Mandate vergrößert hatte und bei der die Koordinaten sich nach links verschoben, wollten die bürgerlichen Koalitionäre mit einer Beteiligung der rechtsliberalen DVP begegnen. Wirth manövrierte sich in eine Sackgasse, aus der es keinen parteipolitischen Ausweg zu geben schien.

Cunos Beauftragung war Symptom der Krise des Parteienstaates. Der Ruf nach dem »bewährten« Wirtschaftsfachmann und einem Kabinett der »unparteiischen« Fachleute hallte schon seit einiger Zeit durch die politische Landschaft. Darin steckte ein hohes Maß an vormodernem Harmoniebedürfnis und eine gehörige Portion Enttäuschung über das »Parteigetriebe«, über Politiker mit Parteibuch, die Politik nur zum »Wohl« der eigenen Organisation, aber nicht eines wie auch immer definierten »großen Ganzen« betreiben würden. So saßen im neuen Kabinett vier offiziell Parteilose.

Die neue Regierung wurde mit einigen Vorschusslorbeeren bedacht, war doch die Partei der Industrie, die DVP, beteiligt und stand ihr ein Mann vor, der selbst aus der Wirtschaft kam. Deshalb waren mit ihr Hoffnungen verknüpft, die Frage der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Reparationen wenn schon nicht zu lösen, so doch zumindest ein entscheidendes Stück einer Lösung näherzubringen. Der Versailler Vertrag vom Juni 1919 hatte das Reich wie ein Keulenschlag getroffen. Doch obwohl die Entschädigungsforderungen hart waren, die Friedensbedingungen in ihrer Gesamtheit eine extreme Belastung für das ohnehin an den Kriegsfolgen leidende Reich darstellten und Deutschland auf den Status einer Mittelmacht zurückwarfen, blieb das staatliche Gefüge weitgehend erhalten, auch wenn später noch Gebiete verloren gingen.

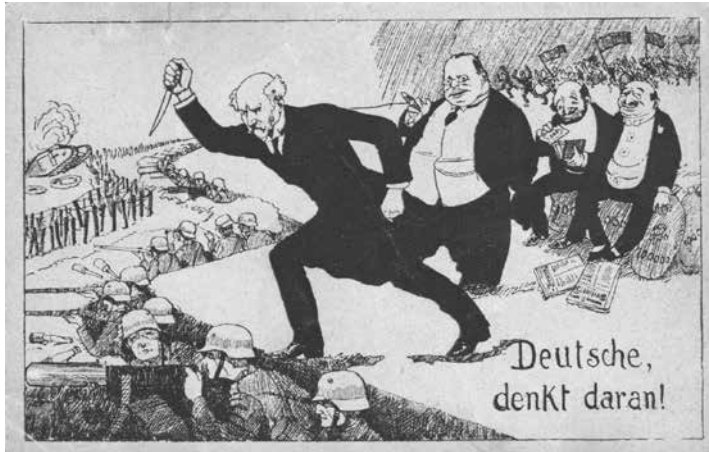
Die Entschädigungsfrage brannte auch der neuen Regierung auf den Nägeln. Aus parlamentarischer Sicht handelte es sich um ein bürgerliches Minderheitskabinett, das ohne direkte Koalitionsvereinbarung geschaffen worden war. Cunos Regierung war allerdings auf das Wohlwollen der SPD angewiesen. Um nicht schon beim Start ins Schlingern zu geraten, begnügte man sich im Reichstag mit einer

Entgegennahme der Regierungserklärung. Die Parlamentarier – mit Ausnahme der Kommunisten – billigten, dass die neue Regierung die von ihrer Vorgängerin am 13. November verabschiedete Reparationsnote zur Grundlage ihrer Politik erklärte.⁷ Darin hatte man um ein drei- bis vierjähriges Moratorium für alle Reparationsleistungen gebeten. Da die Note die Unterstützung von der SPD bis hin zur DVP gefunden hatte, konnte sie die außenpolitische Basis der neuen Regierung sein. Erstmals sprach auch die antirepublikanische Deutschnationale Volkspartei (DNVP) einer Reichsregierung (wenn auch in dieser Form eher verklausuliert) das Vertrauen aus. Zum Amtsantritt reichte ein solches Votum aus, denn Verfassungsrecht und -praxis in Weimar gingen davon aus, dass eine Regierung so lange das Vertrauen des Parlaments besaß, bis es ihr über eine Abstimmung direkt entzogen wurde.

Bereits Cunos Vorgänger hatten schwer an der Hypothek der Niederlage tragen müssen: Die im Versailler Vertrag festgelegte Reduktion des Heeres auf 100 000 und der Marine auf 15 000 Mann sorgte natürlich für Unruhe besonders im Militär und konservierte den Antirepublikanismus in der Truppe nicht nur, sondern steigerte ihn nachgerade. Der von der Reichsregierung 1920 begonnene Abbau der Streitkräfte war für General Walther von Lüttwitz und einen Kreis von Verschwörern um den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp im März der Anlass zum Losschlagen. Doch die Umstürzler scheiterten schon nach fünf Tagen ganz wesentlich an dem von der Arbeiterbewegung ausgerufenen Generalstreik und auch an der Weigerung der Beamten, sich ihnen zur Verfügung zu stellen. Das Ende des Kapp-Lüttwitz-Putsches führte aber nicht zu einer durchgreifenden »Republikanisierung« der Reichswehr, weder ideell noch personell. Hatte die politische Führung bis dahin wie selbstverständlich zur Sicherung von Ruhe und Ordnung auf die Reichswehr zurückgegriffen, so wurde das Militär nach einem letzten größeren Einsatz bei der Niederschlagung der Roten Ruhrarmee im März und April 1920 von dieser Aufgabe entbunden.

Da hinsichtlich der militärischen Auflagen des Friedensvertrages letztlich kein Verhandlungsspielraum bestand, bemühten sich Parlament und Regierungen zentral um die Revision der Reparationslasten. Noch bevor die Sieger die im Friedensvertrag offen gelassene Reparationssumme im April 1921 auf 132 Milliarden Goldmark festschrieben, hatte das Reich 20 Milliarden Goldmark in Geld und Sachwerten geleistet. Die Festlegung der Summe war mit dem Londoner Zahlungsplan verknüpft, nach dem Deutschland jährlich zwei Milliarden Goldmark und ein weiteres Viertel des Wertes seiner Exporte (was zusätzlich rund einer Milliarde entsprach) zu entrichten hatte. Über die ultimative Forderung einer Annahme des Zahlungsplans trat das Kabinett von Constantin Fehrenbach (Zentrum) im Mai 1921 zurück. Nach Akzeptierung der von den Alliierten auferlegten Modalitäten durch den Reichstag setzte die neue Regierung Wirth auf die »Erfüllungspolitik«, der die Strategie zugrunde lag, augenscheinlich zu versuchen, den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, um so deren Unerfüllbarkeit unter Beweis zu stellen. Auf diese Weise sollten die Alliierten zur Herabsetzung der Lasten gezwungen werden. Die Reichsregierung sah sich im Juli 1922 angesichts des Absturzes der Mark gezwungen, eine Stundung der monatlichen Zahlungen für das laufende Jahr und die Befreiung von Barzahlungen für 1923 und 1924 zu beantragen.⁸ Ein Moratorium lehnten die Sieger aber ab.

Zu einer finanzpolitischen Rosskur, die zur Leistung der Reparationszahlungen unabdingbar gewesen wäre, konnte man sich nicht durchringen, sodass die von der nationalen Rechten vehement bekämpfte Strategie ohne Wirkung blieb. Mit dem negativ besetzten Schlagwort »Erfüllungspolitiker« verfügten die Republikgegner über ein weiteres Narrativ gegen die Demokratie und ihre Träger. Die bis dahin gebräuchlichste Schmähung war jene vom »Novemberverbrecher«: Der Arbeiterbewegung und ihren Führern wurde in Verdrehung der Wirklichkeit die Schuld am Zusammenbruch angelastet und so das Militär von der Verantwortung für die Niederlage



Gift in der Republik: die Dolchstoßlüge auf einer republikfeindlichen Postkarte. Während im Hintergrund Revolutionäre mit Fahnen aufmarschieren, rammt der als »Novembervbrecher« verleumdete Philipp Scheidemann (SPD), der am 9. November 1918 vom Berliner Reichstag die Republik ausgerufen hat, dem tapfer kämpfenden Soldaten das Messer in den Rücken, beäugt vom Zentrums-politiker Matthias Erzberger (hinter ihm), der am 11. November 1918 das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet hat. Das Ganze wird garniert mit tumber antisemitischer Hetze: Zwei Geld zählende »jüdische« Kriegsgewinnler beobachten die Szenerie.

entbunden. Nach der vor allem im rechten demokratiefernen Milieu kultivierten »Dolchstoßlegende« hatten innere Unruhen und nicht zuletzt die Revolution die Kriegsniederlage verschuldet. Die angeblich »im Felde unbesiegte« Armee sei durch die Novembervbrecher »von hinten erdolcht« worden. Das Konstrukt vom Verrat konnte nur reifen, weil die militärische Führung Politik und Öffentlichkeit so lange über den tatsächlichen Kriegsverlauf, die sich seit dem Sommer 1918 abzeichnende Niederlage, im Unklaren gelassen hatte. In den Augen der Rückwärtsgewandten resultierte aus dem Dolchstoß der weithin als Schmachfrieden verdammte Versailler Vertrag. So war die Republik kein Konsensmodell; es gab starke

Kräfte links und rechts, die diese neue Staatsordnung ablehnten, und manche, die sie zertrümmern wollten.

In dieser innenpolitischen Melange suchte das besiegte Deutschland seinen aus dem Versailler Vertrag entsprungenen Verpflichtungen so weit wie möglich nachzukommen. Die Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923 musste geradezu als das Ende aller Bemühungen erscheinen, die Fesseln von Versailles lockern zu können.